

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Bei Abnahme von 3 Monaten 5,- RM. Bei Abnahme von 6 Monaten 10,- RM. Bei Abnahme von 12 Monaten 18,- RM. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein unabhängiges Organ der Arbeiterbewegung. Sie ist nicht an irgendwelche Parteien gebunden. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Dresden 2640. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Abgabe von Anzeigen und für die Abgabe von Briefen an die Redaktion verantwortlich. Die Redaktion ist für die Abgabe von Briefen an die Redaktion verantwortlich. Die Redaktion ist für die Abgabe von Briefen an die Redaktion verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 157 — 91. Jahrgang Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Donnerstag, den 7. Juli 1932

Hell-Dunkel.

Auch wenn wir Deutsche haben feststellen müssen, daß der englische Ministerpräsident in der Frage der Tribut-„Restzahlung“ — die sie ist, auch wenn sie wirklich für den „großen Topf“, für den „wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas“ verwendet werden sollte — sich mehr oder weniger eng mit den Franzosen verbunden hat, so sind wir Deutsche doch objektiv genug, anerkennen zu müssen, daß Macdonald mit staunenswerter Arbeitskraft und zäher Energie bemüht war und ist, die Lausanner Konferenz doch zu einem einigermaßen wirksamen Endergebnis, zu einer Einigung auf dem Wege des Kompromisses zu bringen. Er handelt und verhandelt hüben und drüben mit Papen und Herriot. Die „Aktionen“ werden vorerst gar nicht gefragt, weil sie doch bloß stören würden. Aber man ginge wohl in der Annahme, daß es bei diesem Verhandeln bloß um die Höhe und die Art der „Restzahlung“ geht, — die „Diskriminationen“ liegen auch auf den Verhandlungsstufen und bilden dort — man verzeihe das Bild! — für manche, viele und nicht gerade einflussreiche Delegierte der Gegenseite recht erhebliche Steine des Anstoßes.

Daß in Lausanne irgendeine einfache, unkomplizierte Lösung auf einer beratigen Konferenz europäischer Mächte geschaffen werden würde und könnte, würde allen „Traditionen“ der Nachkriegszeit widersprechen. Aus dem „Coup d'epoque“, aus dem „Schwamm drüber!“ — über die deutschen Tribute nämlich — ist nichts geworden. Es bleibt vielmehr bei der Verzögerung einer Summe durch Deutschland; aber nicht in „Annuitäten“ wie bisher, nicht in Jahreszahlungen für längere Zeit erfolgt die Ableistung dieser Verpflichtungen, sondern hier hat der englische Finanzmann Layton, der als Sachverständiger beim Pariser Untersuchungsamt im Dezember 1931 viel Versprechungen für Deutschlands verzweifelte Wirtschaftslage bewies, einen nicht gerade einfachen „Anleihe-Plan“ entworfen. Und darüber wurde nun unter Vermittlung eifrig verhandelt.

Reichsschuldverreibungen — also nicht, wie die Franzosen ursprünglich verlangten: Reichsbahnbonds — sollen laut Laytons Vorschlag im Betrage von 2,6 Milliarden Goldmark auf ein Sonderkonto der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich in Basel eingebracht werden. Und zwar in zwei „Losen“, einen zu 1,6, der andere zu 1 Milliarde Goldmark. Schuldverreibungen sind — bisweilen — ganz nette Papiere, aber ihr Hauptzweck ist, daß sie zu Geld gemacht werden. Das ist bekanntlich auch mit der Dawes- und der Young-Plan-Anleihe im Gesamtbetrag von rund 22 Milliarden Mark geschehen. Bloß haben die Zeichner dieser Anleihen ungefähr die Hälfte ihres Geldes — verloren, da inzwischen die Kurse so etwa auf die Hälfte sanken. Nun sollen nach der „Anleihezeit“, während der man eine endliche Besserung der Weltwirtschaft im allgemeinen und des Geld- und Kapitalmarktes im besonderen erhofft, der erste „Lose“ von 1,6 Milliarden deutscher Reichsschuldverreibungen als Welt-Anleihe „emittiert“ werden, und zwar zu 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation. Natürlich soll und wird dies kaum mit einemmal geschehen und auch — wenn der Kapitalmarkt günstig wird und bleibt — so allmählich der Rest der 2,6 Milliarden nachgehoben werden. Dafür muß nun aber noch ausgehandelt werden, welcher Einfluss bei der VZB, um Deutschland selbst eingeräumt werden soll; denn schließlich überschattet doch diese Anleihefinanzierung den gesamten Kredit, den Deutschland auf den ausländischen Geldmärkten besitzt oder — gern haben möchte. Und überdies muß Deutschland doch auch einiges dabei mitzubringen haben, was denn nun eigentlich mit dem Ertrag der Anleihe geschieht, wenn deren Auslegung wirklich Erfolg hat. Obriens sollen die beiden Anleihen — die 1,6 bzw. die 1 Milliarde deutscher Schuldverreibungen — zu einem Kurs von 90 bzw. 95 Prozent ausgelegt werden und, soweit dies nicht binnen 3 Jahren gelingt, wird der nicht unterzubringende Rest verfallen, die Schuldverreibungen hierüber also an Deutschland zurückgehen.

Reparations-Restzahlung oder nicht? Deutscher Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas oder nicht? Das wird man in Lausanne wohl in einem gewissen „Hell-Dunkel“ lassen.

Stimmscheine sind portofrei.

Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß die Fernreisenden sich Stimm Scheine ohne Befugnis von Rückporto zusenden lassen können. Die Übersendung von Stimm Scheinen erfolgt auf Staats- bzw. Reichskosten. Ferner wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Wahlberechtigte auf der Fernreise die Möglichkeit hat, feststellen zu lassen, ob er in der Stimm Liste verzeichnet ist. Die Stimm Listen hängen vom 10. bis 17. Juli aus. Wer in dieser Zeit verreist ist, kann jemanden mit der Einsichtnahme beauftragen, bei der Einsichtnahme wird kein Ausweis verlangt. Der Fernreisende kann auch an die zuständige Behörde von seinem Ferienort aus schreiben. Er muß in diesem Falle Rückporto belegen und erhält dann Auskunft, ob er in der Stimm Liste eingetragen ist.

Wieder einmal auf des Messers Schneide

Des Pudels Kern.

Man mag zu dem Vorschlag der Art und Höhe der deutschen Restzahlungen, wie er jetzt in Lausanne von der deutschen Delegation als Verhandlungsbasis angenommen sein soll, stehen wie man will, es ist doch nicht zu übersehen, daß letzten Endes die Hauptarbeit für die Konferenz noch bevorsteht. Die Fisserfrage hatte ja von vornherein weniger Bedeutung, als die politischen deutschen Forderungen. Die unumstößliche deutsche Voraussetzung für die Annahme jeden Zahlungsplanes besteht bekanntlich in den vier nationalen Forderungen:

1. Endgültige Streichung des Teiles VIII des Versailler Vertrages (Reparationen).
2. Sondererklärung über Artikel 231 (Kriegsschuldfrage).
3. Erklärung über Teil V des Versailler Vertrages (Entwaffnungsvorschriften; Deutschland verlangt, daß in dieser Frage ohne Verzögerung die Gleichberechtigung durchgeführt wird).
4. Festsetzung, daß mit dem Abkommen von Lausanne der Young-Plan mit allen Instrumenten und Kommissionen erloschen ist.

Diese Forderungen sind der entscheidende Teil der Verhandlungen für Deutschland. Bei den französischen Delegierten soll aber nach den letzten Nachrichten vollständige Übereinstimmung darüber herrschen, daß Frankreich Garantien für die gemeinsame Regelung der interalliierten Schulden und der Tributfrage erhalten müsse und keine politischen Zugeständnisse an Deutschland gemacht werden dürfen. Wie weit es hier dem „ehelichen Mäster“ Macdonald und dem „Sekundanten“ Deutschlands, Italien, gelingen wird, Frankreich umzustimmen, das sieht noch völlig offen und ist doch „des Pudels Kern“. In französischen Kreisen tut man jetzt sehr überrascht und spricht von einem politischen Aufstehen dieser politischen Forderungen Deutschlands, als ob der Reichskanzler nicht von vornherein seinen Zweifel darüber gelassen hätte, daß sie das A und O jeglicher Verhandlung in Lausanne sein müssen. Der Zweck dieser gepieteten französischen Überraschung ist aber ziemlich klar: Man will die Verantwortung für ein Scheitern der Konferenz von sich abwälzen und Deutschland aufbauen. Aber aller Welt, besonders Amerika, wird der bisherige Verlauf der Konferenz gezeigt haben, daß der Störenfried jeglicher europäischen Verständigung Frankreich ist und immer war.

Nachmittag der Sechsmächtevertreter in Lausanne.

Ohne Ergebnis abgebrochen.

Die um 20 Uhr unterbrochenen Verhandlungen sind am Abend um 21.30 Uhr wieder aufgenommen worden. Unter dem Vorsitz von Macdonald traten die Führer der Abordnungen der sechs einladenden Mächte im Hotel Beau Rivage zu einer Sitzung zusammen, an der von deutscher Seite diesmal außer dem Reichskanzler auch Staatssekretär von Bülow und Ministerialdirektor Gaus teilnahmen. Auf französischer Seite soll man sich bereit erklärt haben, von der ursprünglichen Forderung von vier Milliarden abzugeben, falls die deutsche Regierung in den politischen Fragen ihre bisherige Haltung aufbehalte. In der Frage der Streichung des Teiles VIII des Versailler Vertrages soll ein französischer Vermittlungsvorschlag zur Verhandlung gestellt worden sein, der aber vom Reichskanzler als unannehmbar abgelehnt wurde. Von allen Seiten wird hervorgehoben, daß der Reichskanzler in den bisherigen Besprechungen nicht nachgegeben habe und den deutschen Standpunkt uneingeschränkt aufrechterhalte.

Die Sitzung wurde bereits kurz vor 23 Uhr abgeschlossen. Herriot, der als erster den Sitzungssaal verließ, erklärte auf die Frage, ob die Verhandlungen weiter fortgingen: „Vielleicht“ und lehnte alle weiteren Ausführungen ab. Kurz darauf verließ der Reichskanzler in Begleitung des belgischen Ministerpräsidenten den Saal. Irigandwelse Mitteilungen werden vorläufig nicht gemacht. Jedoch besteht der Eindruck, daß eine Entscheidung noch nicht gefallen ist.

Herriot will keine Gleichberechtigung.

Er lehnt schärfstens ab.

Herriot hat bereits nach seiner Rückkehr von der vierstündigen Unterredung bei Macdonald im Hotel Beau Rivage der französischen Presse einige kurze Mitteilungen gemacht. Er erklärte, es sei alles vollständig im Dunkel. Er habe die politischen Forderungen der deutschen Abordnung auf Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage und Streichung des Kriegs-

schuldenartikels 231 des Versailler Vertrages abgelehnt und müsse diese Forderung, politische Forderungen mit der Tributfrage zu verbinden, von sich weisen. Die Lage sei außerordentlich ernst und schwierig.

Dennoch Hoffnung.

Lausanne. In Konferenzkreisen bestätigt sich, daß die Gegenläufe in der heutigen vierstündigen Nachmittagsitzung in aller Schärfe aufeinandergetroffen sind, und daß die deutsche und französische Auffassung über die endgültige Regelung der Tributfrage einander scharf gegenüberstehen. Die deutsche Auffassung, daß die endgültige Vereinigung der Tributfrage gleichzeitig zu einer Vereinigung der mit der Tributfrage zusammenhängenden politischen „Diskriminationen“ Deutschlands führen muß und nur auf diesem Wege eine allgemeine Gesundung der Atmosphäre, Wiederherstellung des Vertrauens und damit der erste Schritt zum allgemeinen Wiederaufbau Europas getan werden könne, ist auf französischer Seite auf die bisherige verständnislose und harte Ablehnung gestoßen. Die Erregung in allen internationalen Kreisen ist heute abend sehr groß. Es besteht dennoch die Hoffnung, daß es dem ungewöhnlich mutigen wie energiegelassen Macdonalds gelingen werde, in der heutigen Nacht die jetzt in aller Schärfe ausgebrochene Krise zu überwinden.

Front gegen Frankreich.

Lausanne. In der Nachmittags Sitzung hat sich zum ersten Male eine vollständige Übereinstimmung der fünf Mächte gegenüber dem französischen Standpunkt ergeben, wodurch praktisch eine Isolierung der französischen Haltung zu verzeichnen ist. Der dringende Wunsch bei den sämtlichen übrigen Mächten, ein positives Ergebnis der Konferenz herbeizuführen, hat sich zum ersten Male in einer Ablehnung des französischen Standpunktes geäußert. Die deutsche Abordnung bleibt unter allen Umständen bei ihrem Standpunkt und verlangt immer wieder eine Gesamteinigung sämtlicher mit der Tributfrage zusammenhängenden Fragen. In allen internationalen Kreisen wurde erklärt, daß die deutsche Abordnung in den Forderungen außerordentlich hartnäckigen Kampfes, die vielfach zu äußerst kritischen Momenten führten, mit Entschiedenheit ihren Standpunkt verteidigen habe. Die feste Haltung der deutschen Abordnung hat wesentlich dazu beigetragen, daß eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Vertretern Englands, Italiens, Belgiens und Japans im Sinn des deutschen Standpunktes zu Tage getreten ist.

Auf Donnerstag vertagt.

Lausanne, 6. Juli. Eine Entscheidung ist in der Mittwochnachmittag, die unerwartet früh schon um 23 Uhr abgeschlossen wurde, nicht gefallen. Die Krise besteht in aller Schärfe weiter fort. Von allen Seiten ist in der Nachmittags Sitzung der schärfste Druck ausgeübt worden, um durch ein Nachgeben eine Einigung zu ermöglichen und damit die Konferenz noch in letzter Stunde zu retten. Herriot hat lediglich erklärt, daß er zunächst die verschiedenen Vorschläge und Formulierungen prüfen werde. Die Verhandlungen sollen am Donnerstag weiter fortgesetzt werden. Es ist jedoch noch nicht bestimmt, wann und in welcher Form. In der Nachmittags Sitzung bei Macdonald und den anderen Delegationsführern Angelegenheiten starker Erschöpfung zu Tage getreten. Die Sitzung wurde daher abgebrochen und ohne jede Festsetzung auf Donnerstag verschoben. Von maßgebender deutscher Seite wird betont, daß sich auch in diesen Besprechungen nicht das Mindeste an der Schärfe der bisherigen Gegenläufe geändert habe. Die Franzosen haben nach wie vor jedes Verständnis für die deutsche Einstellung zu den großen internationalen Fragen vermissen lassen und jedes Entgegenkommen abgelehnt. Herriot, der beim Verlassen der Sitzung große Nervosität und Erregung zeigte, ließ sogar durchblicken, daß die Möglichkeit weiterer Verhandlungen fraglich erscheine. Jedoch wird unter allen Umständen am Donnerstag weiter verhandelt werden. Die deutsche Abordnung ist gleich nach Schluß der Sitzung zu einer internen Besprechung zusammengetreten.

Was Deutschland nichts angeht.

Verhandlungen über interalliierte Schulden.

Der französische Ministerpräsident Herriot hat mit dem englischen Premierminister Macdonald verhandelt, und zwar über die Frage der interalliierten Schulden und das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten.

Für Deutschland haben diese Besprechungen kein unmittelbares Interesse, da die deutsche Politik den Standpunkt einnimmt, daß in die Verhandlungen, die wir mit der Gläubigerseite führen, deren Verhältnisse untereinander sowie deren Verhältnis mit den Vereinigten Staaten nicht hineinzu spielen dürfen.